



Russische Hubschrauber greifen Kiew an

Alarm in Kiew: Das Bild der ukrainischen Polizeibehörde zeigt nach deren Angaben russische Militärhubschrauber über Rauchwolken am Stadtrand von

Kiew. Russland hat trotz aller Warnungen und Appelle des Westens am Donnerstag einen Großangriff auf die Ukraine gestartet und ist mit Boden-

truppen in das Nachbarland einmarschiert. Die russische Luftwaffe griff zuerst Militäreinrichtungen an.

FOTO: DPA

» VIER SEITEN THEMA DES TAGES

Unfassbar: Krieg in Europa

Ukraine-Konflikt hat Auswirkungen auch für Deutschland

VON PETER WÜTHERICH

Berlin – Nur 1200 Kilometer Luftlinie liegen zwischen Berlin und Kiew: Der Krieg rückt nah heran an Deutschland. Der russische Angriff auf die Ukraine wird spürbare Auswirkungen auf das Leben in der Bundesrepublik haben – auf verschiedenen Ebenen.

■ Bundeswehr in Alarmbereitschaft:

Wegen des russischen An-



warf Russland vor, die aktuell hohen Preise durch Verknappung des Angebots nach oben getrieben zu haben.

■ Sinkende Aktienkurse

Der Krieg ist eine schlechte Zeit für Anleger. An den Aktienmärkten weltweit rauschten die Kurse nach unten. Der deutsche Leitindex Dax sackte zwischenzeitlich unter die Marke von 14000 Punkten. Viele Anleger flüchten in Anlagen wie Gold und

griffs auf die Ukraine hat das Bundesverteidigungsministerium „nationale Alarmmaßnahmen“ für die Bundeswehr ausgelöst. Die Armee werde sich „bis in die einzelne Dienststelle“ auf eine mögliche Verlegung der Nato-Eingreiftruppe NRF vorbereiten, zu der 13 700 Bundeswehrsoldaten gehören. Die Staats- und Regierungschefs der 30 Nato-Länder beraten an diesem Freitag, ob weitere Einheiten schnell nach Osteuropa verlegt werden, nach Polen und ins Baltikum. Sicher ist: Deutschland muss künftig deutlich mehr Geld für seine Verteidigung ausgeben.

■ Flüchtlinge:

Lange Staus auf Kiews Ausfallstraßen: Der russische Angriff treibt viele Ukrainer in die



Flucht. Bis zu fünf Millionen Menschen könnten ihre Heimat verlassen. Viele von ihnen dürfte es zunächst ins westliche Nachbarland Polen ziehen. Von dort ist der Weg nach Deutschland nicht weit. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kündigte „massive“ Hilfen für die Aufnahme von Geflüchteten an. Auch Niedersachsen bereitet sich auf die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine vor. Man werde die Kapazitäten voll ausnutzen und erweitern, sagte Innenminister Boris Pis-

torius (SPD).

■ Gaspreise:

Deutschland bezieht mehr als die Hälfte seiner Erdgasimporte aus Russland – ist also stark abhängig von den Lieferungen, und kurzfristig gibt es wenig Alternativen. Der russische Angriff und die Sanktionen des Westens gegen Moskau werden Auswirkungen auf diese Geschäftsbeziehung haben: Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) rechnet mit weiter steigenden Preisen. Er

Bundesanleihen.

■ Reiseverkehr:

Die Ukraine hat ihren Luftraum aus Sicherheitsgründen für zivile Flugzeuge geschlossen. Dies bedeutet, dass Flüge von Europa nach Fernost einen Umweg fliegen müssen. Öffentlich zugängliche Flug-Tracker wie Flightaware.com zeigten am Donnerstag, dass viele Jets die Ukraine südlich über den Balkan und die Türkei umflogen. Der Luftverkehr über der Ukraine war seit dem Abschuss eines Malaysia-Airlines-Flugs 2014 über der Ostukraine ohnehin begrenzt. Gravierender wäre es, wenn der russische Luftraum gesperrt würde – hier verlaufen wichtige Flugkorridore.

„Wir empfinden Abscheu und Wut“

Ministerpräsident Weil verurteilt russischen Angriff auf Ukraine

Hannover – Niedersachsens Landesregierung hat den Angriff Russlands auf die Ukraine scharf verurteilt. „Es ist und bleibt eine Schande, was derzeit in der Ukraine geschieht“, sagte Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) am Donnerstag im Landtag in Hannover. „Wir empfinden Abscheu und Wut gegenüber dieser Aggression. Täter und Opfer sind derzeit sehr klar zu benennen.“

Es gebe keine Begründung für den Angriff, betonte Weil. Es handele sich um Imperialismus in seiner reinsten und widerwärtigsten Form. Er sei mit seinen Gedanken „in diesen Stunden zuallererst bei den Menschen, die die Opfer dieser Aggression sind“. So

gebe es Tote und Verletzte, Menschen in Trauer um Angehörige und „diejenigen, die Angst haben um das Leben ihrer Familien, um ihr eigenes Leben, um ihre Existenzgrundlage und um ihre Heimat“.

Mit Blick auf Wirtschaftssanktionen sagte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Julia Willie Hamburg: „Wir können nicht wegsehen, wir müssen unseren Worten auch Taten folgen lassen.“

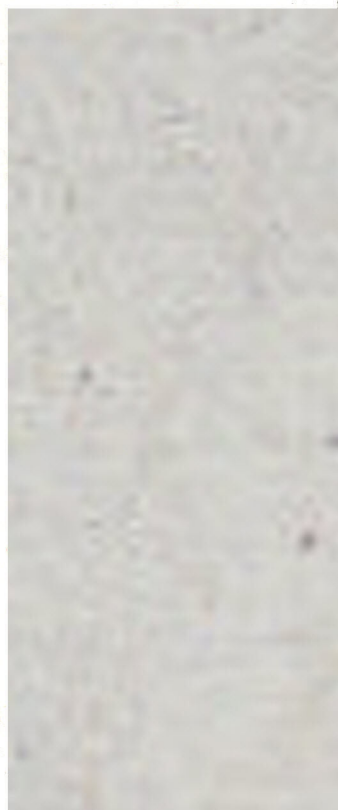
Die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder betonte: „Es ist ein tiefschwarzer Morgen. Es ist Krieg in Europa.“ Der FDP-Fraktionsvorsitzende Stefan Birkner sprach von einer dramatischen Zäsur in den inter-

nationalen Beziehungen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dirk Toepffer sagte: „Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit, Freiheit muss immer erkämpft werden und Freiheit muss immer verteidigt werden.“

Bei Ukrainern in Niedersachsen hat der Angriff Russlands auf die Ukraine schwere Sorgen und großes Entsetzen ausgelöst. Es sei „unglaublich“, man verurteile den russischen Angriff, sagte eine Vertreterin des Ukrainischen Vereins in Niedersachsen.

In Niedersachsen leben nach Angaben des Innenministeriums etwa 11 000 Menschen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit. dpa



So spitzte sich der Konflikt zu

Ein Machtwechsel in der Ukraine hat den Konflikt mit Russland entfacht. Ein Rückblick:

■ **Dezember 2013:** Hunderttausende Ukrainer protestieren in Kiew gegen den prorussischen Präsidenten Viktor Janukowitsch, weil seine Regierung das Partnerschaftsabkommen mit der EU kippte.

■ **Februar 2014:** Janukowitsch flieht nach Russland. Moskau besetzt militärisch die ukrainische Schwarzmeerhalbinsel Krim.

■ **März 2014:** Russland gliedert die Krim ein. USA und EU verhängen Sanktionen gegen Moskau.

■ **April 2014:** In der ostukrainischen Region Donbass rufen von Moskau unterstützte Separatisten die „Volksrepublik Donezk“ aus, Luhansk folgt. Die Nato setzt die militärische Zusammenarbeit mit Russland aus.

■ **Juli 2014:** Über den Separatistengebieten wird ein Passagierflieger mutmaßlich mit einer russischen Rakete abgeschossen. Alle 298 Menschen an Bord sterben. Der Westen verschärft seine Sanktionen gegen Russland.

■ **Oktober 2014:** Das ukrainische Parlament erteilt den Regionen Donezk und Luhansk als Teil des Friedensplans für die Ostukraine einen Sonderstatus.

■ **November 2014:** Die ostukrainischen Separatisten lassen eigene Parlamente wählen. Kiew verurteilt das als verfassungswidrig.

■ **Dezember 2014:** Die Nato will dauerhaft Soldaten im Osten des Verteidigungsbündnisses bereithalten.

■ **Februar 2015:** Das Minsker Abkommen sieht eine Autonomie für die Separatistengebiete vor sowie die Kontrolle der Ukraine über ihre Grenze mit Russland.

■ **September 2015:** Der Sicherheitsrat der Ukraine erklärt Russland in einer Militärdoktrin zum Gegner.

■ **Juli 2017:** Die prorussischen Separatisten in Luhansk und Donezk rufen einseitig ihren neuen Staat „Kleinrussland“ aus.

■ **September 2017:** Das Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU tritt in Kraft.

■ **Januar 2018:** Kiew stuft die abtrünnigen Gebiete als von Russland besetzt ein.

■ **November 2018:** Die russische Küstenwache setzt drei ukrainische Marineschiffe fest. Kiew verhängt zeitweise Kriegsrecht.

■ **Juni 2019:** Erste russische Pässe werden an Ukrainer in den von Separatisten kontrollierten Teilen ausgegeben.

■ **April 2021:** Moskau zieht Truppen im Grenzgebiet zur Ostukraine zusammen und droht mit einem militärischen Eingreifen. Die Militärdoktrin Russlands lässt eine Intervention zum Schutz seiner Staatsbürger im Ausland zu.

■ **Juli 2021:** Putin schreibt in einem Aufsatz, Russen und Ukrainer seien ein Volk. Das wird als Anspruch auf den Anrainer gelesen.

■ **November 2021:** Erneut konzentrieren sich ungewöhnlich große Truppenkontingente und moderne Waffen im russischen Grenzgebiet zur Ukraine.

■ **Dezember 2021:** Russland fordert von der Nato erneut: Die Ukraine dürfe kein Mitglied werden.

■ **Januar/Februar 2022:** Diplomatische Versuche auf verschiedenen Ebenen bringen keine Lösung.

Putins Pläne mit Europa

Russlands Einmarsch in die Ukraine markiert einen Wendepunkt in der Geschichte Europas nach dem Zweiten Weltkrieg. Schon zu Wochenbeginn hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gewarnt: Wer Kreml-Chef Wladimir Putin in den vergangenen Jahren zugehört habe, wisse, dass dieser „tatsächlich vorhat, etwas zu verändern an der Geografie Europas“. Nimmt man Putin beim Wort, bedroht sein imperiales Geschichtsbild nicht nur die Ukraine. Viele im Westen rätseln, wie weit der Kreml-Herrscher bereit ist zu gehen. Ein Überblick über seine Schriften und Reden der vergangenen Monate:

■ Die große russische Nation

Im Juli 2020 erscheint ein historischer Aufsatz des russischen Präsidenten, in dem er die Geschichte des Zweiten Weltkrieges weitgehend umdeutet. Im Mittelpunkt stehen die Rechtfertigung des Hitler-Stalin-Paktes 1939 und eine Negierung jeder Mitverantwortung der Sowjetunion für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Stattdessen spricht Putin Polen eine zentrale Mitschuld am Beginn des Zweiten Weltkrieges zu – eine Darstellung, die dem geschichtswissenschaftlichen Konsens vollständig entgegensteht. Im Juli 2021 erscheint auf der Kreml-Website ein weiterer Aufsatz unter dem Namen Wladimir Putins – diesmal geht es um die angebliche „historische Einheit der Russen und Ukrainer“. Die Kernthese des Textes wird Putin in seiner Rede zur Anerkennung der Separatistengebiete am 21. Februar 2022 wiederholen.

■ Der Westen als Aggressor

Dem Westen wirft Putin vor, in der Ukraine ein „Anti-Russland“ etablieren zu wollen. „Schritt für Schritt“ hätten die USA und EU „die Ukraine in ein gefährliches geopolitisches Spiel“ gezogen, „dessen Ziel es ist, die Ukraine in einen Puffer zwischen Europa und Russland, in ein Aufmarschgebiet gegen Russland zu verwandeln“. Schon kurz nach der Veröffentlichung von Putins Ukraine-Aufsatz äußerte der Historiker Andreas Kappeler in der Fachzeitschrift „Osteuropa“ die Sorge, Russland könne „die angebliche Verfolgung und Diskriminierung der ethnischen Russen und Russischsprachigen in der Ukraine zum Vorwand für indirekte oder gar direkte Interventionen nehmen“. Die Rede Putins von der „russischen Welt“ erinnere „fatal an die revisionistische Politik Deutschlands, Ungarns und anderer Mächte“ in der Zeit zwischen den Weltkriegen.

■ Nato zurück auf den Stand von 1997

Auf einem revisionistischen Geschichtsbild gründen auch die Forderungen, die Putin im Dezember offiziell der Nato präsentiert: In einem Vertragsentwurf versucht sich Moskau daran, die Geschichte zurück ins 20. Jahrhundert zu drehen: Die Nato soll ihre Streitkräfte auf den Stand von 1997 zurückziehen, als noch kein Staat des ehemaligen Warschauer Paktes der westlichen Allianz beigetreten war.

ISABELLE DANIEL

» THEMA DES TAGES

KRIEG IN OSTEUROPA Der russische Angriff auf die Ukraine



Zahlreiche Menschen fliehen vor den russischen Angriffen. Die zwei Bilder links zeigen Frauen am Bahnhof von Kiew, die darauf warten, die ukrainische Hauptstadt verlassen zu können. Eine Frau und ein Kind schauen aus dem Fenster eines Busses, als sie Sievierodonetsk in der Region Luhansk in der Ostukraine verlassen (großes Bild).

FOTOS: DPA

Nirgendwo in der Ukraine ist es sicher

Schlangen vor den Geldautomaten, gepackte Koffer und Hamsterkäufe: In der ukrainischen Hauptstadt Kiew fürchten viele nach dem Angriff Russlands eine weitere Eskalation.

VON DAPHNE ROUSSEAU,
ANDREAS STEIN UND
DORIS HEIMANN

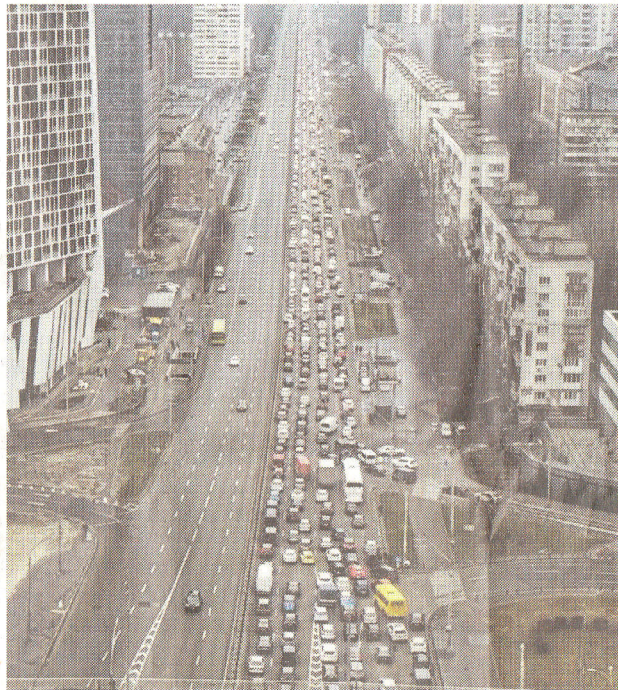
Kiew – Es ist 4.30 Uhr, als in der Ferne die ersten Explosionen am Nachthimmel von Kiew zu sehen sind. Der russische Angriff auf die Ukraine hat begonnen. Nach dem panischen Erwachen stehen die Menschen am Donnerstag auf den Balkonen, besorgt und voller Fragen.

Auch wenn noch niemand genau weiß, was passiert, machen sich die Hauptstädter auf den Weg. Raus aus der Stadt, so schnell es geht. Vor den Geldwechselstuben bilden sich Warteschlangen, Menschen schleppen Koffer zu Bus- und Bahnhöfen. Autos voller Familien rasen stadtauswärts, aufs Land, oder Richtung Westen, so weit weg wie möglich von der russischen Grenze.

Doch kaum ein Ort in der Ukraine scheint noch sicher

zu sein. Auch in Odessa, der Küstenstadt am Schwarzen Meer, heulen alle 15 Minuten die Sirenen. Und selbst in Lemberg, der Stadt ganz im Westen, in die die USA und andere Länder kürzlich ihr Botschaftspersonal verlegt haben, warnen die Sirenen vor Luftangriffen. Auch Charkiw im Norden, nur 35 Kilometer von der russischen Grenze entfernt, wird bombardiert.

Irgendwann vor acht Uhr morgens heulen auch in Kiew die Sirenen. Nur eine Probe, wie sich bald herausstellt. Manche Passanten gehen ruhig weiter, andere rennen zur nächsten Metrostation. „Ich wurde vom Lärm der Bomben geweckt, habe meine Taschen gepackt und bin weggerannt“, sagt Maria Kaschkoska. Nun kauert die 29-Jährige mit vielen anderen in einer U-Bahn-Station auf dem Boden, der Schock ist ihr anzusehen. Unter der Erde hofft sie, sicher zu sein. „Wir sitzen hier und warten“, sagt Kaschkoska. „Vorbereitet auf alle Eventualitäten.“ Die U-Bahnhöfe sind in Kiew wie in Moskau und anderen ehemals sowjetischen Großstädten auch als Luftschutzbunker gedacht. In der Metrostation „Soloti Worota“ sind die



Auf der Flucht: Zahlreiche Menschen versuchten, aus Kiew zu fliehen.

FOTO: DPA

Drehkreuze geöffnet, der Zutritt und die Fahrt mit der Metro sind an diesem Tag umsonst. Kiews stellvertretender Bürgermeister sagt im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, die Einschläge habe es nicht in der Stadt selbst gegeben, sondern im Umland – in Boryspil und Boryspil. Dort liegt der internationale Flughafen der Stadt. Der Bürgermeister

von Boryspil versucht, die Bevölkerung zu beruhigen. „Sie haben Explosionen gehört. Nur ruhig, das ist unsere Armee, die auf unbekannte Flugapparate reagiert.“ Doch am Nachmittag löst auch Kiew Luftalarm aus.

„Bewahren Sie Ruhe! Wenn möglich, bleiben Sie zu Hause“, wendet sich der ukrainische Verteidigungsminister

Oleksij Resnikow via Twitter an die Bevölkerung. „Die Situation ist unter Kontrolle. Ihre Gelassenheit und Ihr Vertrauen in die ukrainischen Streitkräfte sind derzeit die beste Hilfe.“ Bis zuletzt hatten viele Ukrainer nicht geglaubt, dass der russische Präsident Wladimir Putin tatsächlich ihr ganzes Land angreifen würde.

In Tschuhuwiw im Osten der Ukraine sitzt ein Mann weinend auf dem Boden. Vor ihm liegt die Leiche seines Vaters, der bei einem Bombenangriff getötet wurde. „Ich habe ihm gesagt, dass er gehen soll“, sagt der Mann schluchzend.

Tschuhuwiw liegt etwa 30 Kilometer von Charkiw entfernt, der zweitgrößten Metropole der Ukraine. Der Angriff auf die Stadt hat einen mehr als vier Meter breiten Krater zwischen zwei völlig zerstörten Wohnblöcken gerissen. Die Feuerwehr versucht, die letzten Brände zu löschen. Dichter schwarzer Rauch hängt in der Luft. Bei den Bombardements wurde nach Angaben von Anwohnern auch ein 13-jähriges Mädchen getötet. Eine Bestätigung der Behörden gibt es dafür zunächst nicht.

Auf den Hauptstraßen im

Osten des Landes sind am Donnerstag überall ukrainische Militärfahrzeuge unterwegs, Evakuierungen beginnen. „Die Menschen sind sehr erschrocken, wer ein Auto hat, packt seine Sachen, es gibt große Staus auf den Straßen“, erzählt eine 56-jährige Krankenpflegerin in Charkiw am Telefon. Sie lebt am Stadtrand, bis zur russischen Grenze sind es nur 40 Kilometer. Auch sie selbst würde gerne fliehen – doch ihre Familie hat kein Auto. Sie habe gehört, dass Züge bereitgestellt würden, um die Bevölkerung aus Charkiw nach Odessa im Süden und in die Westukraine zu bringen. Die Frau überlegt noch. „Dies ist doch mein Heimatboden, mein Heimatland“, sagt sie mit tränenerstickter Stimme. „Wohin soll ich denn gehen?“

In der Ortschaft Pawlopil in der Region Donezk wurde nach Angaben von Bürgermeister Sergej Schapkin durch die russischen Bombardements die Gas-, Wasser- und Stromversorgung unterbrochen. Seit 4 Uhr werde sein Dorf mit Raketen beschossen, sagt der Bürgermeister von Starogratiwka, Wolodymyr Wesselkin, am Telefon. „Sie versuchen, Starogratiwka auszulöschen.“

Russlands Angriff auf die Ukraine

☀ Berichte über russische Angriffe • Russische Truppen/Stützpunkte (Stand 21. Februar)



dpa•103816 24.2.2022, 12:00 Uhr Quelle: dpa, Rochan Consulting, Ukrainische Behörden, Belarussisches Verteidigungsministerium

Zahlreiche Tote

Russischer Großangriff auf Ukraine von mehreren Seiten

VON DAVE CLARK

Kiew – Mit einem Großangriff seiner Armee auf die Ukraine hat Russland weltweit Erschütterung und Entsetzen ausgelöst. Russische Bodentruppen marschierten am Donnerstagmorgen von mehreren Seiten in die Ukraine ein und standen am Abend schon kurz vor der Hauptstadt Kiew. In vielen Städten gab es Raketenangriffe. Dutzende Menschen wurden getötet.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte die Offensive in der Nacht zum Donnerstag angeordnet. Kurz nach einer Fernsehansprache des Präsidenten rückten russische Truppen von Belarus im Norden sowie vom Süden und Osten aus in die Ukraine ein. Explosionen waren unter anderem in Kiew, der Hafenstadt Mariupol, der Schwarzmeerstadt Odessa und der zweitgrößten ukrainischen Stadt Charkiw zu hören.



Volodymyr Selenskyj
Präsident der Ukraine

Wenige Stunden später drangen die russischen Truppen in die Hauptstadtregion Kiew ein. Am frühen Abend (Ortszeit) meldete der ukrainische Staatschef Wolodymyr Selenskyj die Einnahme des nur wenige Kilometer nordwestlich von Kiew gelegenen Militärflughafens Hostomel. Später übernahm das russische Militär nach Angaben des ukrainischen Präsidentenberaters Mychailo Podoljak „nach erbitterten Kämpfen“ die Kontrolle über den zerstörten Atomreaktor von Tschernobyl, wo sich 1986 die größte Katastrophe in der zivilen Nutzung der

Atomkraft ereignet hatte. Laut einem westlichen Geheimdienstvertreter erlangte Russland bis zum Abend die „vollständige Lufthoheit“ über die Ukraine. Die Ukraine habe „keine Luftwaffe mehr, um sich zu schützen“.

Das Verteidigungsministerium in Moskau erklärte, die russische Armee habe mehr als 70 militärische Ziele in der Ukraine zerstört, darunter elf Flugplätze. Der Militäreinsatz werde so lange wie nötig andauern, erklärte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow. Selenskyj verhängte das Kriegsrecht über die Ukraine und brach die diplomatischen Beziehungen zu Moskau ab. In den ersten Stunden des russischen Großangriffs wurden nach Angaben ukrainischer Stellen mindestens 68 Menschen getötet, sowohl Soldaten als auch Zivilisten. Die ukrainische Armee erklärte zudem, sie habe in der Ostukraine rund „50 russische Besatzer“ getötet.

» THEMA DES TAGES

KRIEG IN OSTEUROPA Der Aggressor und die Sanktionen

„Wahnsinn hat gesiegt“

Kreml-Chef Wladimir Putin hat mit seinem Angriff auch viele Russen überrascht

VON ULF MAUDER

Moskau – Niemand plane einen Überfall auf die Ukraine, heißt es seit Wochen aus Moskau. Jetzt ist der Kriegsfall da – mitten in Europa. Kremlchef Putin hat zum Angriff auf das Nachbarland geblasen und auch viele Russen, die an die Vernunft glaubten, Lügen gestraft. Russlands Oberkommandierender Wladimir Putin hat mit einer beispiellosen Kriegserklärung an die Ukraine in seinem Land und in der Welt eine Schockwelle ausgelöst. Per Ansprache im Staatsfernsehen im Morgengrauen

Atomkoffer und den „roten Knopf“ habe.

Viele Russen erschauern seit Tagen, wenn sie Putin zuhören. Erst am Montag sprach er der Ukraine das Existenzrecht ab. Und er erklärte die von prorussischen Separatisten kontrollierten Gebiete Luhansk und Donezk zu unabhängigen Staaten. Die nun in Gang gesetzte Militäroffensive soll diese „Volksrepubliken“ schützen. Und wieder behauptet Putin, in der Ukraine hätten „Nazis“ die Macht ergriffen. Es gelte, einen „Genozid“, einen Massenmord am russischen Volk zu verhindern. Seit Lan-

Kreml gesteuerten Staatsmedien sehen sich an diesem Tag der Lüge überführt.

„Ich habe bis zum Schluss nicht glauben wollen, dass Putin diesen absurden Krieg beginnt. Ich habe mich geirrt“, meint der Schriftsteller Boris Akunin. „Der Wahnsinn hat gesiegt. Es sterben Menschen, es wird Blut vergossen. Russland wird von einem psychisch nicht normalen Diktator regiert.“ Es tue ihm leid um die Ukrainer, aber auch um die Russen, die von einem Psychopathen geführt würden. Es habe eine „neue Epoche“ begonnen, eine „gruselige“.

Wirtschaft oder um die Menschen in Russland, für die auch unter dem Druck von Sanktionen alles teurer wird. Putin gehe es um historische Machtbeweise im Alleingang ohne Rücksicht auf Verluste, heißt es allenthalben.

Trotzdem sind viele Experten davon ausgegangen, dass Putin keinen Krieg anzettelt, weil er damit nichts gewinnen könne – auch keine größere Zustimmung in der Bevölkerung. Die Zeiten, wo Putin 2014 durch die Annexion der ukrainischen Schwarzmeer-Halbinsel Krim Euphorie auslösen und politische Dividenden einfahren konn-

Krim fehlen an anderen Stellen in dem Riesenreich, wo viele Menschen in ärmlichsten Verhältnissen leben. Schon die bisherigen Sanktionen des Westens wegen Putins aggressiver Politik führten zu schweren Schäden in der Wirtschaft.

Einmal mehr bemüht Putin für seine Operation in der Ukraine die Geschichte, den gemeinsamen Sieg über den deutschen Faschismus im Zweiten Weltkrieg, als Russen und Ukrainer in der Sowjetunion gemeinsam kämpften. „Eure Väter, Großväter und Urgroßväter“ seien im Kampf gegen die Faschisten

sprechen – an jedem beliebigen Ort, in jedem Format – nur um des Friedens willen. Der Kremlchef nahm nicht ab, er war mit der Vorbereitung seiner größten Militäroperationen seit dem Einmarsch in Syrien beschäftigt.

Seit Jahren steht Putin im Ruf, nach mehr als 20 Jahren an der Macht nur noch einsam im Kreml ohne Berater zu entscheiden und seinen Apparat nur zu nutzen, um sein Vorgehen bestätigen zu lassen. Bedenkenträger und Widerspruch sind nicht erwünscht, wie der russische Experte Andrej Perzew vom Moskauer Carnegie Center

setzt der 69-jährige Russlands Militär in Bewegung, um die Ukraine zu überfallen. Der Kremlchef steht im Anzug vor der Kamera und droht mit eisigem Blick und scharfer Zunge, niemand solle es wagen, jetzt Russland anzugreifen. Wer das versuche, werde scheitern samt fürchterlicher Folgen. Und dann verweist er noch auf etwas, womit Russlands Präsidenten selten offen drohen: Russland sei heute eine „der mächtigsten Nuklearmächte der Welt“.

Als die Menschen an diesem grauen Donnerstag in Moskau, dem Ort der russischen Machtzentrale, aufwachen, ist Russland ein anderes Land. Ein Land, in dem ein „Lügner“, wie in sozialen Netzwerken zu lesen ist, an der Spitze steht, ein „autokratischer Alleinherrscher“, der daran erinnern lässt, dass er die Macht über den

gem gibt er der Welt Rätsel auf, wie er auf so etwas bisher nicht Bewiesenes kommt.

Niemand habe die Absicht, die Ukraine zu überfallen, niemand wolle einen Krieg – solche Aussagen kamen so oder so ähnlich von Putin und aus dem gesamten Führungszirkel um ihn herum. Prominente Köpfe der russischen Politik machten sich lustig über die Warnungen von US-Präsident Joe Biden vor einem Krieg gegen die Ukraine. Die selbst ernannte Elite Russlands und die vom

Putins Invasion in die Ukraine lässt die Aktienmärkte einstürzen, der Rubel verliert an Wert gegenüber dem Dollar und dem Euro. Schon seit Langem beklagen Unternehmer, dass Putin sich nicht schere um die

te, sind längst passé. Die Milliardenausgaben für teure Infrastrukturprojekte auf der

nicht dafür gestorben, dass heute in Kiew Neonazis an der Macht seien, ätzt Putin. Die Ukrainer sollten die Waffen strecken und nach Hause gehen.

Wer Putin seit Tagen zuhört, erlebt einen Präsidenten wie im Rausch, besessen von einer nicht nachvollziehbaren Selbstwahrnehmung als Retter. Nur eine „Entmilitarisierung“ und „Entnazifizierung“ könne die Ukraine noch retten. Es klingt, als würde Putin nicht haltmachen in der Ostukraine. Denn das Machtzentrum liegt in Kiew. Viele Russen sehen inzwischen die Gefahr, dass die stolze Siegermacht mit Vetorecht im UN-Sicherheitsrat bald vor allem als Kriegsmacht wahrgenommen werden könnte.

In Kiew hatte noch in der Nacht zum Donnerstag Präsident Wolodymyr Selenskyj versucht, Putin anzurufen, mit ihm zu

schreibt. Autoren der Denkfabrik weisen immer wieder darauf hin, dass Putin den Kontakt zur Gesellschaft verloren habe. Mit einem Denken wie im Kalten Krieg – Putin war damals als Offizier des gefürchteten sowjetischen Geheimdienstes KGB in Dresden stationiert – ziehe er einen neuen Eisernen Vorhang zwischen Russland und dem Westen zu.

Putin, der auch den Inlandsgeheimdienst FSB leitete, agiert seit Jahren immer schärfer gegen Andersdenkende und demokratische Freiheiten. Heute aber, meinte die Politologin Tatjana Stanowaja, habe Putin auch die Unterstützung der Eliten verloren. Die einfachen Russen und jene im Machtapparat seien „offen schockiert“.

Viele sehen Putins Angriff auf die Ukraine auch als ein weiteres Zeichen seiner Enttäuschung über den Westen, hatte er doch einen Verzicht der Nato auf eine Aufnahme der Ukraine verlangt. Er scheiterte. Dabei hatten die Nato und die USA nach seinen Forderungen zu einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa Gespräche angeboten. Aber Putin reichte das nicht. „Der Konflikt mit der Nato und den USA geht nun auf eine neue Stufe“, so Stanowaja.



Putin zur Rechenschaft ziehen – nur wie?

Die EU, Großbritannien und die USA reagieren mit weitreichenden Sanktionen gegen Russland – so sollen sie aussehen

VON ANSGAR HAASE
UND MICHAEL WINDE

Brüssel – Hinter den Kulissen liefen die Vorbereitungen für den schlimmsten aller denkbaren Fälle, einen neuen Krieg in Europa, seit Wochen. Wenn Russlands Präsident Wladimir Putin trotz aller Drohungen und diplomatischer Mühen in die Ukraine einmarschieren würde, sollte die Reaktion schnell und hart ausfallen. Innerhalb kürzester Zeit wollten die EU-Staaten dann gemeinsam mit den USA und Großbritannien Sanktionen verhängen – beispielsweise schmerzvoll sollten sie sein.

Nun war es so weit. Russland begann in der Nacht zum Donnerstag einen Krieg gegen die Ukraine und Bundeskanzler Olaf Scholz und die Staats- und Regierungschefs der anderen 26 EU-Staaten einigten sich so schnell wie wohl noch nie zuvor auf ein umfangreiches Sanktionspaket. Dies werde „Russland wegen seiner Handlungen massive und schwerwiegende Konsequenzen“ auferlegen, hieß es in einer Erklärung. Kurz zuvor hatte auch US-Präsident Joe Biden neue Strafmaßnahmen wie strikte Exportkontrollen für den Technologiesektor und Sank-

tionen gegen vier Kreditinstitute angekündigt, die, so Biden, zusammen rund ein Drittel der russischen Vermögen hielten. Die Banken würden damit vom US-Finanzmarkt und Geschäften in US-Dollar ausgeschlossen.

Details zu den EU-Strafmaßnahmen sollen mit dem Inkrafttreten an diesem Freitag bekannt werden. Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur geht es allerdings um Folgendes:

■ Finanzsanktionen

Die EU wird russische Banken von den EU-Finanzmärkten abschneiden. Sie sollen sich in der EU künftig kein Geld mehr ausleihen können und auch kein Geld mehr verleihen können. Auch die Finanzierung von russischen Staatsunternehmen in der EU soll verhindert werden. Ihre Aktien sollen künftig nicht mehr in der EU gehandelt werden dürfen. Um zu verhindern, dass reiche Russen versuchen, Gelder in der EU in Sicherheit zu bringen, sind Anlagebeschränkungen geplant. Bereits in einem ersten Sanktionspaket vom Mittwoch war der Zugang von Banken zu den EU-Finanzmärkten eingeschränkt worden. Auch waren drei russische Finanzinstitute mit



Bundeskanzler Olaf Scholz fordert harte Sanktionen gegen Russland. Wörtlich sagte er: „Ziel der Sanktionen ist es, der russischen Führung klarzumachen: Für diese Aggression zahlt sie einen bitteren Preis. Es wird sich zeigen: Putin hat mit seinem Krieg einen schweren Fehler begangen.“

Strafmaßnahmen belegt worden.

Nicht Teil der Sanktionen ist den Angaben zufolge ein möglicher Ausschluss Russlands aus dem Zahlungssystem Swift, dem international wichtigsten System zum Austausch von Informationen zu Transaktionen. Gegen diesen weitreichenden Schritt gibt es in einigen EU-Staaten jedoch Vorbehalte, unter anderem deshalb, weil er auch den EU-

Ländern selbst erheblich schaden könnte.

■ Transport und Technologie

Hier soll vor allem die russische Luftverkehrsbranche von der Versorgung mit Ersatzteilen und anderer Technik abgeschnitten werden. So könne mit relativ kleinem Aufwand riesige Wirkung erzielt werden, hieß es. Exportkontrollen für Hightech-Produkte und Software sollen es

auch anderen russischen Schlüsselindustrien schwer machen, sich weiterzuentwickeln. „Wir werden Russlands wirtschaftliche Basis und ihre Fähigkeit zur Modernisierung schwächen“, sagte von der Leyen.

■ Energiesektor

Die von Russland nach Deutschland führende Erdgas-Pipeline Nord Stream 2 ist bereits auf Eis gelegt. Die neuen Sanktionen sollen

nach dpa-Informationen auch den Energiesektor Russlands treffen. Einfuhrverbote für zum Beispiel Erdgas waren zunächst jedoch nicht vorgesehen. Allerdings wird es in EU-Kreisen für möglich gehalten, dass Russland selbst die Versorgung der EU mit Erdgas einstellt. Die EU hängt bislang stark von russischen Gas-Importen ab.

■ Visapolitik

Einschränkungen sollen sich gegen Russen richten, die bislang privilegierte Einreisemöglichkeiten in die EU hatten. Dazu zählen neben Diplomaten beispielsweise auch Geschäftsleute. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell sagte, die russische Führung werde nie da gewesener Isolation gegenüber stehen.

Eine förmliche Entscheidung über das von der EU-Kommission und dem Auswärtigen Dienst vorbereitete Sanktionspaket soll umgehend vom Ministerrat getroffen werden. Die Staats- und Regierungschefs forderten zudem die zuständigen Institutionen auf, umgehend mit Arbeiten an einem neuen Sanktionspaket zu beginnen. Es soll auch die Möglichkeit schaffen, die Vermögen von russischen Oligarchen in der EU einzufrieren.